

Antrag

der Abgeordneten Frau Saibold und der Fraktion DIE GRÜNEN

Berufung eines Ernährungsrates

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend einen Ernährungsrat zu berufen.

Primäres Ziel der Tätigkeit des Ernährungsrates ist es, im Sinne einer Prävention die Gesundheit zu fördern und zu erhalten und darüber hinaus die vielen und immer mehr im Zunehmen begriffenen ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten einzudämmen und zu bekämpfen.

I. Aufgaben des Ernährungsrates

1. Vordringlichste Aufgabe des Ernährungsrates ist die Vorbereitung, Koordinierung und Durchführung einer bundesweiten Informationskampagne
 - a) über die Bedeutung der Ernährung für die Gesundheit der Menschen,
 - b) über die Vorteile der Vollwertkost auf der Basis von Vollkornprodukten, Frischkost, naturbelassenen Ölen und Fetten sowie weiterer möglichst wenig industriell bearbeiteter Lebensmittel,
 - c) über die Produktion von Lebensmitteln in konventioneller und in ökologischer Landwirtschaft,
 - d) über die Belastung der Lebensmittel mit Rückständen aus der landwirtschaftlichen Produktion sowie mit Umweltschadstoffen einschließlich radioaktiver Stoffe.

Zudem erstellt der Ernährungsrat Einkaufs- und Verzehrsempfehlungen, die sich nicht am Gehalt einzelner Nährstoffe, sondern an ganzen Lebensmitteln durch Einteilung in Wertstufen orientieren.

Für die wirkungsvolle Durchführung dieser Kampagne ist ein optimaler Einsatz aller zur Verfügung stehenden Medien geboten.

2. Der informelle Teil der Kampagne wird begleitet von praxisorientierten Fördermaßnahmen, wie z. B. Kochkursen, Förde-

rung von Naturkostläden, vollwertkostenbietenden Restaurants, Kantinen, Kindergärten, Krankenhäusern etc.

3. Der Ernährungsrat erarbeitet praktikable Vorschläge, um die Inhalte der Vollwerternährung in die Aus- und Weiterbildung in allen medizinischen und erzieherischen Bereichen einzubeziehen.
4. Er wird ein Konzept zur Errichtung eines flächendeckenden Netzes von Ernährungsberatungsstellen erstellen.

II. Zusammensetzung des Ernährungsrates

Er besteht aus 22 Personen und setzt sich wie folgt zusammen:

Je zwei

- Vertreter/innen von staatlich und wirtschaftlich unabhängigen Gesundheitsberatergruppen,
- Vertreter/innen der Verbraucherzentralen,
- Heilpraktiker/innen,
- Vertreter/innen von Umweltschutzverbänden,
- Vertreter/innen freier Verbrauchergruppen,
- unabhängigen Ernährungswissenschaftlern/innen,
- Vertreter/innen der Elterninitiativen „Allergiekrankes Kind“,

je einem(er)

- Arzt/Ärztin,
- Zahnarzt/-ärztin,
- Vertreter/in der Stiftung ökologischer Landbau,
- Vertreter/in des Bundesverbandes Naturkost e. V.,
- Vertreter/in der Deutschen Gesellschaft für Ernährung,
- Vertreter/in des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit,
- Vertreter/in des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,
- Vertreter/in des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Bonn, den 24. September 1987

Frau Saibold

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Die Gesundheitssituation läßt in der Bundesrepublik Deutschland, wie in vielen anderen Industrieländern, sehr zu wünschen übrig. Aufgrund der gesamten Umweltbelastung, des Umgangs mit Tausenden von Chemikalien am Arbeitsplatz und im privaten Bereich sowie insbesondere der Belastung durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl ist es dringend erforderlich, das Problembewußtsein in bezug auf die Ernährung zu stärken. Da die Aufnahme von Schadstoffen, insbesondere auch von radioaktiven Stoffen, z. Z. leider nicht mehr vermieden werden kann, ist es um so wichtiger, alles zu unternehmen, um das körpereigene Abwehrsystem durch eine gesundheitsfördernde Ernährung zu stärken, um damit die Gesundheit der Bevölkerung generell positiv zu beeinflussen. (Dies darf aber nicht dazu führen, gegen die Vergiftung unserer Umwelt nur mit Alibiaktivitäten vorzugehen.)

Durch ernährungsbedingte Krankheiten, d. h. durch Krankheiten aufgrund von falschen Ernährungsgewohnheiten (zuviel Fleisch, Zucker, Salz etc.), jedoch insbesondere durch Verzehr von industriell bearbeiteten Lebensmitteln, denen notwendige biologische Wirkstoffe fehlen und die die Fehlernährung begünstigen, entstanden in der Bundesrepublik Deutschland bereits 1980 Kosten in Höhe von rd. 42 Mrd. DM. Hierbei sind Auswirkungen von Schadstoffen noch nicht berücksichtigt. Die Krankheitsstatistik ist alarmierend:

- 98 % der Bevölkerung leiden an Karies und Parodontose,
- Herz- und Kreislauferkrankungen sind die Todesursache Nummer 1,
- jeder Vierte stirbt an Krebs, wobei schätzungsweise bis zu 40 % der Erkrankungen auf die Ernährung zurückzuführen sind,
- ca. 25 Millionen Bundesbürger leiden an allergischen Erkrankungen,
- es gibt über 3 Millionen Diabetiker – Jugendliche mit steigender Tendenz – und
- es gibt rund 20 Millionen Rheuma- und Gichtkranke.

Richtige Ernährung auf der Basis von Vollwertkost ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für optimale körperliche und geistige Entwicklung und Leistungsfähigkeit. Sie trägt ganz entscheidend zur Steigerung der körpereigenen Widerstandskräfte bei.

Diese Gesichtspunkte lassen es nicht nur als notwendig, sondern geradezu als zwingend erscheinen, daß sich die Bundesregierung mit diesen Fragen beschäftigt und im Sinne dieses Antrags tätig wird. Beispiele aus den USA, aus Schweden und Norwegen zeigen, daß entsprechende Aufklärungskampagnen – sofern sie gut konzipiert, allgemeinverständlich und breitenwirksam angelegt sind – beachtliche Erfolge aufweisen können.

Die vitalstoffreiche Vollwertkost (im Ernährungsbericht 1984 irreführenderweise „Reformernährung“ genannt) ist eine, wenn nicht

sogar die einzige Kostform, die von der breiten Bevölkerung ohne größeren finanziellen Aufwand praktiziert werden kann. Ausgehend von einer ganzheitlichen Betrachtungsweise unseres Ernährungssystems berücksichtigt die Vollwertkost Herkunft, Produktion, Lagerung, Verarbeitung sowie Zubereitung der Lebensmittel, aber auch ernährungsphysiologische Erkenntnisse und ökologische Forderungen. Überwiegend werden pflanzliche Lebensmittel, möglichst aus kontrolliertem ökologischen Anbau, verzehrt. Im Gegensatz zur üblichen Mischkost werden stark be- und verarbeitete Lebensmittel vermieden. Der Grundsatz der Vollwertkost lautet: „So natürlich wie möglich“, denn ein Lebensmittel ist um so vollwertiger, je naturbelassener es ist. Mit Vollwertkost in diesem Sinne werden viele Probleme im Lebensmittelbereich, vor allem hinsichtlich der gesundheitsgefährdenden Zusatzstoffe und Rückstände entschärft.

Eine Ernährung mit naturbelassenen Lebensmitteln ist praktizierter Umweltschutz. Durch sie wird der Weg geebnet für eine dringend notwendige, an den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausgerichtete Landwirtschaftspolitik, auch kann sie wesentlich zur Lösung der Probleme der Massentierhaltung (von Importfuttermitteln über Pharmakarückstände bis zur Gülle-Problematik) beitragen. Selbst im u.a. vom BML mitfinanzierten Ernährungsbericht 1984 ist die eindeutige Aussage zu finden, daß zumindest eine Reduzierung des Fleischverzehrs allein aus gesundheitlichen Gründen notwendig und anzustreben ist.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß selbst in bezug auf Muttermilchbelastung eine vegetarische Ernährung, oder zumindest eine drastische Einschränkung des Fleischverzehrs, Vorteile bringt. Es wurde ein signifikanter Zusammenhang zwischen den allgemeinen Ernährungsgewohnheiten der Mütter und dem Gehalt an Organochlorpestiziden (z.B. HCB und PCB) in ihrer Milch gefunden.

Spezieller Teil

Zu I.1

Eine gesundheitsfördernde, wohlschmeckende und genußreiche Ernährung kann nicht mittels gesetzlicher Vorschrift verordnet werden. Es ist somit die Pflicht der Bundesregierung, die Bevölkerung mit interessenunabhängigen, nur am gesundheitlichen Aspekt orientierten Information über Ernährung zu versorgen. Die bisherige Ernährungsaufklärung der Bundesregierung ist offensichtlich gescheitert. Mangelnde Orientierung an den Zielgruppen, verfehlte Inhalte (vor allem durch Ausrichtung an einem mechanistischen und nicht an einem ganzheitlichen Menschenbild) sowie unzureichende finanzielle Mittel in Höhe von bislang nicht mehr als 10 Mio. DM jährlich für die gesamte Ernährungsaufklärung haben entscheidend dazu beigetragen. Gerade letzter Punkt gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Industrie, Gewerbe und Handel (einschließlich CMA) im Ernährungsbereich jährlich über 2 Mrd. DM ausgeben, um mit oft irreführender

Werbung und ohne Rücksicht auf die Verbraucher/innen und deren Gesundheit den Umsatz der jeweiligen Produkte zu steigern. Solange die Bundesregierung nicht bereit ist, derartigen Praktiken einen Riegel vorzuschieben, ist sie verpflichtet, von sich aus ein wirksames Gegengewicht zur Ernährungsindustrie zu schaffen. Es ist geradezu verantwortungslos, wenn sich die Bundesregierung in dieser Situation auf Apelle an die Eigenverantwortung der Bevölkerung in Gesundheits- und Ernährungsfragen beschränkt. Erst durch diese Informationskampagne wird die Bevölkerung wirklich entscheidungsfähig gemacht.

Zwar bietet – und das kann auch von den Antragstellern leider nicht bestritten werden – auch die Vollwertkost, selbst wenn sie aus ökologischem Anbau stammt, keine Gewähr mehr für eine Ernährung mit schadstofffreien Lebensmitteln. Der Anbau von Lebensmitteln unter den immer katastrophaler werdenden Umweltbedingungen, vor allem hinsichtlich der Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden, läßt bedauerlicherweise keine rückstandsfreie Lebensmittelproduktion zu. Doch der Verzehr von Vollwertkost aus ökologischer Landwirtschaft bewahrt zumindest vor vermeidbaren Pestizidrückständen sowie vor gesundheitsschädlichen Stoffen, die aus der Nahrungsmittelbe- und -verarbeitung stammen (Konservierungsstoffe, Farbstoffe, Phosphate und andere Zusatzstoffe sowie Rückstände von technischen Hilfsstoffen und Reinigungsmitteln etc.) und deren Gehalt in den heute üblichen Nahrungsmitteln in ihrer Gesamtheit inzwischen beträchtliche Ausmaße erreicht hat.

Zu I.2

Eine Informationskampagne im Sinne dieses Antrags wird zwar nicht zuletzt aufgrund des schon in großen Teilen der Bevölkerung gewachsenen Ernährungsbewußtseins auf fruchtbaren Boden fallen, sie ist jedoch für sich allein nicht ausreichend. Praktische Anleitungen zur Umsetzung des vermittelten Ernährungswissens sowie Unterstützung der betreffenden Einrichtungen wie Naturkostläden, Kindergärten, Krankenhäuser u. a. müssen daher ergänzend angeboten werden. Der Ernährungsrat hat Vorschläge zur finanziellen Unterstützung zu unterbreiten (z. B. Anerkennung eines Vollwerternährungskurses als Weiterbildung, teilweise Kostenübernahme durch Krankenkassen, Steuererleichterungen für vollwertkostenbietende Institutionen etc.).

Zu I.3

Umfragen belegen immer wieder das erschreckende Unwissen der Mediziner/innen in Ernährungsfragen. Für eine umfassende Prävention, für das Erkennen ernährungsabhängiger Krankheiten und für die notwendige Zusammenarbeit mit Ernährungsfachleuten sind solide wissenschaftliche Grundkenntnisse im Hinblick auf Ernährung unbedingt erforderlich.

Die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Gesundheit müssen auf breiter Basis schon in der Kindheit vermittelt werden, denn für späteres Ernährungsverhalten sind im Kindesalter vermittelte Kenntnisse und eingeübte Verzehrsgewohnheiten ent-

scheidend. Hierfür ist eine entsprechende Ausbildung der Pädagogen notwendig.

Zu I.4

Insgesamt muß eine Umorientierung vom Krankheits- und Symptombekämpfungswesen hin zu einem tatsächlichen Gesundheitswesen erfolgen. Ein dichtes Netz von Ernährungsberatungsstellen übernimmt hierbei wichtige Funktionen. Zudem würde dadurch die z.T. sehr gute Arbeit der Verbraucherzentralen erheblich unterstützt.

Zu II.

Die Zusammensetzung des Ernährungsrates hat das politische Gegengewicht zur Ernährungsindustrie mit ihren milliarden-schweren Werbekampagnen zu gewährleisten. Die Ernährungsindustrie und -wirtschaft hat sich nach den Empfehlungen des Ernährungsrates und damit an den gesundheitlichen Notwendigkeiten zu orientieren.

